

# Stadtrat beschimpft: Tempo 50 verärgert Bürger

400 Woltorfer protestieren gegen Neuregelung für Schwittmerstraße / Kompromiss der Verwaltung überzeugte auch Ortsrat nicht

Für die Verwaltung ist es Recht und Gesetz, für rund 400 Woltorfer eine verkehrte Welt: Seit die Stadt die Höchstgeschwindigkeit auf der Ortsdurchfahrt Schwittmerstraße von 30 auf 50 erhöht hat, die Vorfahrt mit 40 neuen Verkehrsschildern regelt, haben verärgerte Anwohner in zwei Protestbriefen „kein Herz für Raser“. Bei der Ortsratsitzung am Dienstag schlug die Stadt einen Kompromiss vor, doch der überzeugte weder die Politiker noch die 50 Zuhörer im „Landkrug“.

VON MICHAEL KOTHE

Peine-Wolterf. Zwei Stunden lang stritten die Bürger empört, gereizt und zum Teil sehr vehement für das bisherige Tempolimit, 120 Minuten lang bot ihnen vor allem Stadtrat Friedhelm Seffer ebenso energiegelich, hartnäckig und zeitweise gewohnt bissig Paroli. Doch erst als sich auch noch die Ortsratsmitglieder in die Haare gerieten, drückte Orts-

**PAZ** VOR ORT

bürgermeister Günter Vahldiek (SPD) einen eher sanften Beschluss durch: Dringlicher Wunsch bleibt die Rückkehr zu Tempo 30 auf der Schwittmerstraße. Nur wenn der Antrag auch nach erneuter rechtlicher Prüfung scheitert, bestehen die Politiker zumindest stellenweise auf einem Limit für mehr Sicherheit der Schulkinder etwa an Haltstellen.

„Es ist alles ein bisschen schwierig“, ahnte Seffer gleich eingangs der Ortsratsitzung, bei der Vahldiek so großzügig Zuhörerfragen zuließ, dass am Ende alle Anwohner bei der Beschlussfassung der Politiker mitwirken wollten. Um seinen Kritikern Wind aus den Segeln zu nehmen, zeigte sich Seffer nicht nur kompromissbereit, er räumte auch ein, dass „die Kommunikation in dieser Angelegenheit nicht besonders gut war“.

In der Sache blieb der Beamte jedoch beharrlich: Täglich frequentierten 1300 Fahrzeuge die Schwittmerstraße, darunter viele Auswärtige, für die die mit Einfahrten unübersichtlich geführte, dennoch breit ausgebaut Trasse „leistungsfähig und sicher“ zu gestalten sei. Um Behinderungen und Bremsmanöver zu verhindern, habe man nicht nur flüssiges Fahrtempo zuzulassen, sondern auch die Vorfahrt auf der Schwittmerstraße verdeutlichen. Seffer



Stadtrat Friedhelm Seffer (3. von links), Ordnungsamtsleiter Arnold Baum (2. von links) und Woltorfs Ortsbürgermeister Günter Vahldiek (Mitte) hatten einen schweren Stand in der Diskussion mit aufgebrauchten Anwohnern der neu ausgeschilderten Schwittmerstraße (Bild links).

cb/privat

berief sich dabei auf Erkenntnisse von Experten des Kreises, des Landes und der Polizei, die die Situation in Woltorf bei einer Verkehrsschau erörtert hätten. Der Stadtrat gestand zwar ein, dass die Sicherheit von Schulkindern zu wenig in den Blick geraten sei, betonte aber, dass „verkehrsregelnde Maßnahmen nicht zum Kompetenzbereich der Ortsräte gehören“, sondern allein der Verantwortung der Verwaltung unterliegen.

Unter den Protestierenden verfielen solche Argumente wenig. Viele von ihnen bängten um die Sicherheit von Radlern, Kindergarten-Kindern, Schülern und Fußgängern, forderten zudem einseitiges Halteverbot, um vor allem landwirtschaftlichen Fahrzeugen bessere Durchfahrt zu ermöglichen. Weil andere bezweifelten, dass Autofahrer am Ortszugang abrupt bremsen, schlug Seffer vor, die Schwittmerstraße bis zur Einmündung auf die Landstraße (L 321) mit



einem Tempolimit von 50 zu versehen.

Kopfschütteln, zum Teil auch Beschimpfungen erntete der Stadtrat, weil sich Anwohner des Neubaugebietes „Im Westerfelde“ über die Aufhebung der Spielstraße ärgerten. Andere erkundigten sich nach den Kosten für einen Rückbau der Schwittmerstraße. „Ich bin bereit, 10 000 Euro zu zahlen, wenn mei-

ne Tochter dafür künftig gefahrlos die Fahrbahn überqueren kann“, meinte ein Anwohner.

Als Ortsbürgermeister Vahldiek einräumte, er habe nicht gehaut, „dass die Neuregelung derart heftigen Protest auslöst“, kam es zu Rangeleien auch unter den Politikern. Als sich Peter Schröder (PB) beschwerte, er sei über die An-

derung des Tempolimits nicht informiert worden, weil dies beim Volksfest „zwischen zwei Bierern“ vereinbart worden sei, bestritt die SPD, eine „Nacht- und-Nebel-Aktion“ gedeckt zu haben.

Am Ende blieben Zweifel und Ratlosigkeit. Die Verwaltung soll die Lage erneut prüfen, der Streit ist damit wohl eher ausgesetzt als beigelegt worden.